

Diversifizierung macht das Altersvorsorgesystem stabiler

Monopolisierung der gesetzlichen Rente führt zur Abhängigkeit von Konjunktur

Börsen-Zeitung, 15.5.2021
Längst hat mit Blick auf September 2021 der Wahlkampf begonnen. Das Thema Rente nimmt dabei schon jetzt erheblichen Raum ein.

Bisherige Positionen

Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und die SPD wollen die gesetzliche Rente unter anderem durch Einbe-

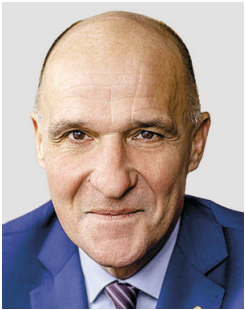
Stärkere oder anhaltende Konjunktureinbrüche würden demnach schnell Finanzierungslücken reißen. Während die Konjunktur schwer vorhersehbar ist, ist die demografische Entwicklung der kommenden rund 35 Jahre mit den geburtenstarken Jahrgängen und einer abnehmenden Zahl von Beitragszahlern vorgezeichnet. Letztere schmälern die Einnahmeseite, und die geburtenstarken

Jahrgänge führen auf der Ausgabenseite der gesetzlichen Rente zu massiven Zusatzbelastungen. Sofern die aktuellen Parameter der gesetzlichen Rente unverändert blieben, wäre deren Finanzierung nur bei einer durchgängig stark wachsenden Wirtschaft und bei Zuzug einer großen Zahl (junger) ausländischer Erwerbstätiger möglich. Alternativ müssen Leistungsversprechen aus noch mehr

Steuermitteln finanziert werden. Da Steuer- und Beitragszahler im Regelfall identisch sind, läge die volle Last des Finanzierungsproblems – so oder so – auf den Schultern der den geburtenstarken Jahrgängen nachfolgenden Generation.

Die einem Staatsfonds zugrundeliegende Idee der Stärkung aktienbasierter Altersvorsorge ist richtig, denn rein zinsbasierte Anlagen erzielen negative Realrenditen. Aber warum sollte der Staat der bessere Anleger sein als private Anbieter? Beide Seiten sind den gleichen Kapitalmärkten ausgesetzt. Ebenso fragwürdig ist, ob nicht die Politik auf einen Staatsfonds zurückgreifen

Staates. Die Bürger erkennen die Nachteile des Zinssparens. Die Berater der Finanzbranche tragen dazu bei, indem sie den Bürgern das aktienbasierte Sparen erklären. Das Angebot an diesbezüglichen Altersvorsorgeprodukten ist vielfältig. Und die Tatsache, dass inzwischen auch Privatkunden Negativzinsen in Rechnung gestellt bekommen, bewirkt bei vielen ein Umdenken.



Von
Helge Lach

Vorsitzender
des DUV
Deutscher
Unternehmerverband
Vermögensberatung

ziehung aller Erwerbstätiger weiter ausbauen. Dies entspricht einer Grundhaltung, die auf Umverteilung von Beiträgen und Steuermitteln sowie auf eine im Zweifel vom Staat garantierte, auskömmliche Rente für alle Bürger ausgerichtet ist. Erkennbar ist auch Misstrauen gegenüber der Finanzbranche, der man private Vorsorgelösungen nicht (mehr) zutraut.

Die FDP will mit einer Aktienrente, der Arbeitnehmerflügel der CDU mit einer Doppelrente und Bündnis 90/Die Grünen mit einem Bürgerfonds einen Staatsfonds auf Aktienbasis schaffen. Die Idee ist im Kontext der Niedrigzinsen zu sehen: Private Altersvorsorge soll weg von zins- hin zu aktienbasierten Anlagen verlagert werden. Offensichtlich wird dies aber den Bürgern und der Finanzwirtschaft nicht zugetraut. Es sei deshalb ein Obligatorium notwendig, und der Fonds sei vom Staat zu verwalten.

Der Wirtschaftsflügel der Union (MIT) will die gesetzliche Rente unter anderem durch Rücknahme der abschlagsfreien Rente mit 63 und durch Flexibilisierung des Renteneintrittsalters eher einschränken und simultan private Altersvorsorge stärken.

Bewertung

Bei einer Monopolisierung der gesetzlichen Rente hängt deren Finanzierbarkeit nahezu ausschließlich von der konjunkturellen und demografischen Entwicklung ab.

würde, wenn die „Not“ in ganz anderen Bereichen groß ist. Falsch ist, dass Bürger und Finanzwirtschaft nicht eigenverantwortlich in der Lage wären, den Wechsel zu vollziehen. Die Anzahl der Aktionäre in Deutschland hat zuletzt deutlich zugenommen, ganz ohne Zutun des

„Aufbauend auf einer Basisabsicherung für alle bleibt die Eigenverantwortung der Bürger bestehen und wird honoriert. Und zu guter Letzt wird am bewährten Dreisäulen-System festgehalten.“

Die Vorschläge der MIT zielen auf das Kernproblem der kommenden Jahrzehnte: die Finanzierung der Rente der geburtenstarken Jahrgänge. Reformen der letzten Jahre, die dieses Problem vergrößert haben, sollen rückgängig gemacht werden. Dadurch entstehende Leistungsein-schnitte sollen durch geförderte private Vorsorge geschlossen werden können. Dazu sollen den Anbietern auch regulatorische Fesseln abgenommen werden. Der Ansatz überzeugt insoweit, als Leistungseinschränkungen bei der gesetzlichen Rente insbesondere die geburtenstarken Jahrgänge treffen, die das Finanzierungsproblem dadurch verstärkt haben, dass sie wenig Kinder bekommen haben. Das ist unpopulär, aber generationengerecht. Die Vorschläge entsprechen der sozialen Marktwirtschaft, da neben dem Staat auch die Finanzwirtschaft ihren Beitrag zu leisten hat. Aufbauend auf einer Basisabsicherung für alle bleibt die Eigenverantwortung der Bürger bestehen und wird honoriert. Und zu guter Letzt wird am bewährten Dreisäulen-System festgehalten, nach dem die Finanzierbarkeit der Renten eben nicht nur von der Demografie und der Konjunktur (gesetzliche Rente), sondern auch von den Kapitalmärkten (private und betriebliche Altersvorsorge) abhängt. Diese Diversifizierung macht das System insgesamt stabiler als jede Monokultur.

„Falsch ist, dass Bürger und Finanzwirtschaft nicht eigenverantwortlich in der Lage wären, den Wechsel zu vollziehen.“